

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 42 – Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 502.06 / 01.12.06

Erfolgreiches Projekt zum Vorteil junger Menschen

Dieser Bericht gehört zu den erfreulicheren Arbeitsergebnissen, die uns die Regierung in diesem Monat vorlegt. Es handelt sich ja auch um ein rot-grünes Projekt! Gestartet im Jahr 2002 mit 14 Projektschulen in einer Erprobungsphase und auf alle Schulen ausgedehnt im Jahr 2004 durch den Erlass „Erweiterung der Befugnisse der berufsbildenden Schulen“ erweist sich das Projekt mit diesem Bericht als erfolgreich und gut gemacht.

Die Richtung stimmt: die neuen Berufsbildungszentren entwickeln eine größere Selbständigkeit und nutzen sie für eine effizientere Organisation und für mehr Förderung für die Schülerinnen.

Die Berufsschulen haben - trotz noch bestehender Klagen über zuwenig Ressourcen und Entlastungsmaßnahmen - die Bereitschaft gezeigt, Verwaltungsaufgaben des Landes zu übernehmen, Entscheidungen vor Ort zu treffen und damit zur Verwaltungsmodernisierung beizutragen.

Was uns besonders freut und bestätigt: die Lehrkräfte der Schulen haben diesen Entwicklungsprozess engagiert vorangetrieben und gestaltet. Das wurde auch richtig kreativ, z.B. mit dem Lerncenter für Schüler mit besonderem Förderbedarf, mit der verbesserten Unterrichtsqualität durch Teambildung und durch die Öffnung zu Kooperationspartnern aus der Region. So wünschen wir uns das für alle Schulen!

Im Bericht der Regierung steht deutlich formuliert, dass eine Reform des Unterrichts, der Organisationsstruktur und der Öffnung nach außen ein sich gegenseitig beeinflussender Prozess ist. Das hat sich schon immer im Grünen Schulkonzept widergespiegelt.

Unser Konzept heißt: Organisation und Unterricht gleichzeitig reformieren, nur dann funktioniert es. Dazu brauchen wir Mut, und den sehen wir jetzt bei den Berufsschulen. Dort gibt es jetzt Lernen im Team und der Regierungsbericht hat gesteigerte Motivation bei allen Beteiligten festgestellt. Es gibt sogar Zustimmung zu den Controllingverfahren!

Nicht so erfreulich allerdings, ist das Eingreifen in den Reformprozess durch die große Koalition. Im neuen Schulgesetzentwurf sind einige Verschlechterungen geplant, die den neuen RBZs nur schaden können. Warum soll ein Verwaltungsrat nur extern zusammengesetzt sein? Wie soll eine Schule funktionieren, wenn die am besten informierten Personen an wichtigen Entscheidungen nicht ausreichend beteiligt werden?

Wir wollen einen Schulvorstand, der so zusammengesetzt ist, dass es für die Schule und die Ausbildung optimal ist:

- > Vier VertreterInnen der Lehrerschaft
- > Vier VertreterInnen der Schülerschaft
- > Vier VertreterInnen der Elternschaft
- > Eine VertreterIn des Trägers (also des Kreises)
- > Eine VertreterIn der Handwerkskammer
- > Eine VertreterIn der IHK

Dabei ist uns wichtig, dass auch Eltern von SchülerInnen über 18 Jahre noch mitreden (sofern die SchülerInnen dem zustimmen). Junge Menschen, die noch in Ausbildung sind, brauchen Eltern, die sich für ihre Interessen einsetzen. Die große Koalition will die demokratischen Ansätze in der Schule zerschlagen, obwohl sie doch selber in ihrem Bericht hier feststellt, wie wichtig es ist, alle Beteiligten zu motivieren und zu kreativem Mitdenken zu begeistern.

Ein Beispiel dafür, das ich in diesem Bericht lese: trotz einiger Anfangsschwierigkeiten bei den Weiterbildungsaktivitäten ist es einem schleswig-holsteinischen RBZ (die Landesregierung verrät uns hier nicht, welchem) gelungen, mit einer Maßnahme den Weiterbildungsinnovationspreis 2006 des Bundesinstituts für Berufsbildung zu gewinnen. Ich gratuliere!

Wir wollen so viel Beteiligung wie möglich an Reformprozessen und wir wissen, dass man dazu viel Vertrauen in die Akteure setzen muss! Dazu ist die innerschulische Demokratie mit der Drittelparität unverzichtbar.

Probleme gibt es, wie man im Anhang des Berichts lesen kann, mit den Kriterien und Standards der Qualitätssicherung, die von der KMK für die Schule ausgearbeitet wurden und für den Unterricht in Beruflichen Schulen nicht so richtig passen. Da muss wohl noch dran gearbeitet werden.
